

ERKLÄRUNG ZUR STÄRKUNG DES RESPEKTS FÜR GEWERKSCHAFTSRECHTE IN EUROPA



WARUM SCHUTZ FÜR GEWERKSCHAFTSRECHTE?

Gewerkschaftsrechte sind Menschenrechte.

Menschenrechte gelten für alle Menschen, ungeachtet der Nationalität, des Wohnortes, des Geschlechts, der nationalen oder ethnischen Herkunft, der Hautfarbe, Religion, Sprache oder anderer Merkmale. Wir alle haben gleichermaßen Anspruch auf diese Rechte, ohne jegliche Diskriminierung. Diese Rechte stehen zueinander in Beziehung, sind voneinander abhängig und unteilbar.

Gewerkschaftsrechte umfassen die Versammlungsfreiheit, das Vereinigungsrecht und das Recht auf Kollektivverhandlungen und Kollektivmaßnahmen, darunter auch das Streikrecht. Gewerkschaftsrechte sind Grundrechte individueller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Gewerkschaften.

Demokratische Gesellschaften respektieren und schützen diese Rechte und wenden sie in der Realität auch an.

GEWERKSCHAFTSRECHTE SIND UNERLÄSSLICH FÜR DIE DEMOKRATIE UND SIND EIN BAUSTEIN DER EUROPÄISCHEN UNION.

Für die Demokratie ist es unerlässlich, dass arbeitende Menschen die Möglichkeit haben, für ihre Rechte aufzustehen, sich vor Missbrauch und Übergriffen zu schützen, ihre Stimme zu erheben und zu versuchen, ein besseres Arbeitsleben zu erreichen.

Es ist unerlässlich, dass Gewerkschaften in der Lage sind, die Errungenschaft besserer Arbeitsbedingungen und den sozialen Fortschritt unserer Gesellschaften zu sichern. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen Schutz genießen, wenn sie sich zur Führung von Kollektivverhandlungen vereinigen und wenn sie Kollektivmaßnahmen ergreifen, wenn sie das für notwendig halten.

Der soziale Dialog auf nationaler und europäischer Ebene und konstruktive Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften sind ein unerlässlicher Baustein der Europäischen Union.

Gewerkschaftsrechte werden nicht nur durch nationale Verfassungen, sondern auch durch die EU-Charta der Grundrechte, die (revidierte) Europäische Sozialcharta, die Europäische Menschenrechtskonvention und ILO-Übereinkommen garantiert.

Die Geschichte lehrt uns, dass Angriffe auf die Demokratie oft mit Angriffen auf Gewerkschaftsrechte beginnen.

In totalitären und undemokratischen Regimes werden Gewerkschaftsrechte gefürchtet und unterdrückt, und es ist eine demokratische Errungenschaft, dass Gewerkschaftsrechte, neben dem Recht auf freie Meinungsäußerung und einer freien Presse, garantiert sind.

BEDROHUNG FÜR GEWERKSCHAFTSRECHTE?

Heute werden Gewerkschaftsrechte weltweit angegriffen, auch in der EU. Einige dieser Angriffe gehen von EU-Institutionen aus, wenn sie aktiv die Einhaltung der internationalen ILO-Übereinkommen unterminieren und den Respekt für Gewerkschaftsrechte bedrohen. In anderen Fällen gehen die Angriffe von der Arbeitgeberseite aus oder von Regierungen, wie in Italien, Frankreich, Spanien, dem Vereinigten Königreich, in Finnland und Belgien.

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments spielen eine zentrale Rolle in der Stärkung des Respekts für Menschenrechte in Europa und wir ersuchen Sie, die Augen vor den Angriffen auf Gewerkschaftsrechte nicht zu verschließen.

MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT DANK DER GEWERKSCHAFTEN

In der Vergangenheit, und bis heute, haben Gewerkschaften zum sozialen und politischen Fortschritt und zur Entwicklung sozialer Modelle für Europa beigetragen.

Die meisten Errungenschaften von Gewerkschaftsaktionen in der Vergangenheit werden heute als eine Selbstverständlichkeit betrachtet. Aber Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Gewerkschafter haben hart gekämpft, um soziale Rechte wie die Vereinigungsfreiheit, das Recht auf Kollektivverhandlungen und Kollektivmaßnahmen, Gesundheitsschutz und Sicherheit, menschenwürdige Arbeitsbedingungen sowie das Recht auf Unterrichtung, Anhörung und Mitsprache zu erreichen.

Die Beschränkung der Arbeitszeit, zuerst für Kinder und später für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auf 12, 10, 8 Stunden pro Tag war eine der ersten großen Errungenschaften von Gewerkschaften im Industriezeitalter am Ende des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts.

Gewerkschaften setzten Regierungen unter Druck, um Sicherungen gegen die Risiken der Arbeit einzuführen, um für soziale Sicherheit zu sorgen, wie bezahlter Jahresurlaub, Krankengeld, Mutterschafts- und Elternurlaub, Arbeitslosenversicherung und Pensionen.